

Enikő Dác

Die Siebenbürger Ungarn zwischen zwei Fronten

Mit dem innenpolitischen Machtkampf in Rumänien und dem neuen Kurs der ungarischen Regierung ist auch die seit 2002 anscheinend stabile Lage der ungarischen Minderheit in Rumänien wieder aus dem Gleichgewicht geraten. Im Rahmen der notwendigen Dezentralisierung und Regionalisierung in Rumänien fordert das mehrheitlich von Ungarn bewohnte Szeklerland wieder verstärkt einen autonomen Status, was erneut zu zwischenstaatlichen Spannungen führt. – R. Z.

1996 wurde der rumänisch-ungarische Grundlagenvertrag unterschrieben, der für die westliche Integration der beiden Länder von Relevanz war. Im selben Jahr ermöglichten die Wahlen in Rumänien einen entscheidenden Machtwechsel, der ebenso zur Verbesserung der ungarisch-rumänischen Beziehungen beitrug. Der *Demokratische Bund der Ungarn in Rumänien* (RMDSZ) wurde zum ersten Mal in der rumänischen Geschichte regierungsbildende Partei. Einen weiteren Meilenstein in den bilateralen Beziehungen brachte das ungarische Statusgesetz (2001) mit sich, indem es wieder für Spannungen sorgte, die 2002 mit der Partnerschaftserklärung in Budapest überwunden werden konnten. In diesem Zeitraum wurde der gesetzliche und institutionelle Rahmen des Minderheitenschutzes in Rumänien etabliert, wobei ein vom RMDSZ erarbeitetes Minderheitengesetz seit 2005 bei einer Kommission im rumänischen Parlament liegt. Der RMDSZ erwies sich in mehreren rumänischen Regierungen als zuverlässiger Partner, was im Ausland als positives Zeichen interpretiert wurde, wobei er zugleich die Frage der Autonomie in den Hintergrund rückte. Erst in den letzten Jahren thematisierte er diese wieder, was in der rumänischen Politik oft mit irredentistischen Bestrebungen gleichgesetzt wird und zu neuen innen- und außenpolitischen Spannungen führt. Ein grundsätzliches Vertrauen zwischen Rumänien und Ungarn scheint zu fehlen, was immer wieder auf die konfliktreiche gemeinsame Geschichte (z.B. Trianon 1920, Zweiter Wiener Schiedsspruch 1940) zurückgeführt wird.

Die Konfliktlinien verlaufen nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der nationalen Gruppen. Nach seiner langjährigen konsensorientierten Politik sah sich der RMDSZ durch zwei neue ungarische Parteien unter Druck gesetzt, was maßgeblich zu seinem Kurswechsel beitrug. Die weitaus radikaleren Formationen – die Ungarische Bürgerpartei (MPP) und die Siebenbürgisch-Ungarische Nationale Partei (EMNP) – erreichten bei den Wahlen jedoch nur wenige Stimmen und keine Sitze im Parlament. Ein weiterer Grund für den strategischen Wandel des RMDSZ ist die in Rumänien akut gewordene Frage der Regionalisierung. Das Kreissystem ist veraltet, und die für die Beantragung der europäischen Gelder erarbeiteten Makroregionen erwiesen sich als nicht funktionsfähig. Hinzu kam, dass sich ungarnefeindlichen Aussagen seit der Machtübernahme der Ponta-Regierung in Rumänien häuften. Ein letzter, dennoch nicht zu ignorierender Umstand ist die Tatsache, dass der RMDSZ, dem es 16 Jahre lang gelungen war (mit einem Jahr Unterbrechung 2008/2009), an der Regierung beteiligt zu sein, nach 2012 in die Opposition gedrängt wurde. Zwar wäre Ministerpräsident Victor Ponta bereit gewesen, ungarische Politiker in sein Kabinett aufzunehmen, seitens der Koalitionspartner fehlte es jedoch dazu am Willen.

Zu diesen Entwicklungen kamen die politischen Ereignisse in Budapest hinzu (u. a. der neue Kurs der Nationalpolitik und die

erleichterte Staatsbürgerschaft), die Auseinandersetzungen mit Bukarest zur Folge hatten. Den Hintergrund der international bekannt gewordenen Fälle beleuchten die politischen Entwicklungen der letzten Jahre in den beiden Ländern.

Machtkampf in Rumänien

Seit die Wirtschaftskrise 2009 in Rumänien Sparmaßnahmen erforderte, wurde Präsident Traian Băsescu immer unpopulärer. Im Februar 2012 musste der Ministerpräsident, Emil Boc, zurücktreten, sein Nachfolger Răzvan Ungureanu konnte sich nur bis April 2012 an der Macht halten. Nachdem Abgeordnete aus der Liberaldemokratischen Partei (PDL) zu anderen Parteien übergelaufen waren, um der zu erwartenden Niederlage bei den Lokal- und Parlamentswahlen im selben Jahr zu entgehen, konnte die Sozialliberale Union (USL), eine Koalition aus der Sozialdemokratischen Partei, der Nationalliberalen Partei sowie der Konservativen Partei (PC), die neue Regierung unter der Leitung von Ministerpräsident Victor Ponta stellen. Im Sommer verstärkte das neue Kabinett seine Macht über staatliche Institutionen durch mehrfach kritisierte Maßnahmen, u. a. wurde der Ombudsmann ersetzt und das Verfassungsgericht in seinen Befugnissen eingeschränkt; den größten Widerhall löste jedoch der Versuch aus, den Präsidenten abzuwählen. Die Regierung versuchte, die Glaubwürdigkeit der Justiz zu untergraben, nachdem diese während des Machtkampfes wiederholt gegen sie entschieden hatte. Hinter dem Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Traian Băsescu stand auch die Erstarkung der Justiz in den letzten Jahren, die die politische Elite der USL in eine bedrängte Situation brachte. Erst der Druck der EU und der USA bewog die Regierungskoalition dazu, ihre Pläne aufzugeben (s. RGOW 11/2012, S. 8–9).

Die verworrenen innenpolitischen Verhältnisse beschädigten das Ansehen Rumäniens im Ausland. Die heftigen Reaktionen ignorierten jedoch meistens die Ereignisse, die hinter diesem Machtkampf standen und die der Historiker Ovidiu Pecican so zusammenfasste: *„Was wir derzeit erleben, ist ein Kampf zweier Cliquen, die beide keine Legitimität besitzen und die jetzt bis zum letzten um ihren Einfluss und ihre Existenz kämpfen. [...] Ponta und Co. greifen den Rechtsstaat im Eiltempo und sehr hart an, Băsescu und seine Leute haben ihn über längere Zeit mit gemäßigeren Methoden ausgehöhlt.“*¹ Der 2004 zum Staatspräsidenten gewählte Băsescu hatte seine Kompetenzen zu Lasten des Ministerpräsidenten ausgebaut und griff immer wieder aktiv in die Regierungsarbeit ein.² Das Referendum über die Amtsenthebung des Präsidenten Ende Juli 2012, bei dem sich die überwiegende Mehrheit für Băsescus Abgang aussprach, wurde für ungültig erklärt, weil zu wenige Stimmberechtigte daran teilgenommen hatten. Auch der ungarische Ministerpräsident, Viktor Orbán, bezog im rumänischen Machtkampf Position, indem er die



Foto: Wikimedia Commons (Derzsi Elekés Andor)

Demonstration für die Autonomie des Szeklerlandes vor der rumänischen Botschaft in Budapest am 10. März 2013.

Siebenbürger Ungarn dazu ermunterte, nicht an der Abstimmung teilzunehmen, wodurch eindeutig Bănescu favorisiert wurde. Der RMDSZ überließ die Entscheidung den Wahlberechtigten.

Die Wahlen im Dezember 2012 führten, trotz eines bestätigten Plagiatsvorwurfs gegen den Ministerpräsidenten, zu einem eindeutigen Sieg der USL, und Victor Ponta wurde in seiner Position bestärkt. Dies bedeutete jedoch nicht das Ende des Machtkampfes und belegte, wie der Freedom House-Bericht für 2013 unterstrich, dass der EU-Beitritt des Landes wahrscheinlich verfrüht gewesen war. Aufgrund der destabilisierenden politischen Schritte der Regierung verschlechterte sich die frühere Einstufung der demokratischen Governance von 3,75 auf 4.³

Zur Verschlechterung der Stimmung im Land tragen seither neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, den ständigen Konflikten zwischen dem Präsidenten und Ministerpräsidenten auch die Proteste gegen das Goldbergbauprojekt in Roșia Montană bei, das die Landschaft in der Region zerstören würde. Die Massendemonstrationen, die sich schon früh auch gegen die politische Führung des Landes richteten, stießen auf internationales Echo und zwangen zuletzt den parlamentarischen Ausschuss, das entsprechende Gesetz in der jetzigen Form abzuweisen. Die sich gleichzeitig verschärfenden Spannungen innerhalb der Regierungskoalition bieten dem RMDSZ wieder die Möglichkeit, sich eventuell an der Regierung zu beteiligen, was in den Kreisen der eigenen Wählerschaft sehr umstritten wäre und neue thematische Akzentsetzungen erfordern würde.

Nach der „Revolution in den Wahlkabinen“

Seit den ungarischen Wahlen 2010, als der *Bund der Jungen Demokraten* (Fidesz) gemeinsam mit der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP) die Zweidrittelmehrheit im Parlament erlangte, spricht Ministerpräsident Viktor Orbán immer wieder von einem „Systemwechsel“ im Land, der nach der „Revolution in den Wahlkabinen“ habe stattfinden können. Das deklarierte Ziel der Orbán-Regierung, ein „bürgerliches“ Ungarn aufzubauen, geht mit vielfachen Umstrukturierungen einher. Die neue Verfassung, die Einschränkung der Kompetenzen des Verfassungsgerichts, das neue Mediengesetz, das neue Hochschulgesetz, die „unorthodoxe“ Wirtschaftspolitik oder das neue Wahlgesetz gehören zu den bekanntesten Elementen des „Systemumbaus“. Das erhöhte Tempo der Gesetzgebung der letzten Jahre schwächte die Rechtssicherheit bzw. einige Gegengewichte in Ungarn, zugleich tragen viele Maßnahmen zur „Zementierung“ der jetzigen Regierung bei (z. B. das verlängerte Mandat der Verfassungsrichter oder der Mitglieder der Medienbehörde, usw.). Für die aktuellen Entwicklungen tragen die vorherigen sozialistischen Regierungen, ebenso wie die gegenwärtig zersplitterte Opposition, die vor den

Wahlen 2014 nicht die Kraft zu einem gemeinsamen Bündnis zu haben scheint, eine bedeutende Verantwortung.

Zur Grundterminologie der aktuellen ungarischen Politik gehören die Schlagwörter „nationale Zusammenarbeit“ und „nationale Vereinigung“ – ersteres bezieht sich auf die im Land Lebenden, letzteres schließt die Ungarn aus den Nachbarländern mit ein. Diese Minderheiten werden als vollberechtigte Angehörige der ungarischen Nation betrachtet und erhalten die ungarische Staatsbürgerschaft in einem erleichterten Verfahren. Dadurch, dass sie an den ungarischen Wahlen teilnehmen können, kommt ihnen vor den Wahlen immer mehr Aufmerksamkeit zu, auch wenn sie nur über ganz wenige Mandate entscheiden können.

Im Kraftfeld politischer Interessen

In Rumänien lebt die größte ungarische Minderheit, die laut neusten Volkszählungen über 1,2 Millionen beträgt, 33–40 Prozent von ihnen leben im Szeklerland im Osten von Siebenbürgen. Die ungarische Regierung zählt sie im Sinne der „vollzogenen nationalen Vereinigung“ zur ungarischen Nation, während die rumänische Politik deren Autonomiebestrebungen, die die volle Unterstützung der Budapester Regierung haben, entschieden ablehnt und Verrat ruft.

Trotz der bis vor kurzem hervorragenden Beziehungen zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten und dem rumänischen Präsidenten änderte Bănescu 2012 seine ungarfreundliche Rhetorik und schlug nationalistische Töne an, was auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass er sich dadurch neues politisches Kapital erhofft. So weisen symbolische Fälle wie die Aberkennung eines Ordens von László Tőkés⁴ für seine Verdienste um die Ereignisse von 1989 über sich hinaus. Der Staatspräsident wird das letzte Wort in dieser Angelegenheit haben, in welcher der Ehrenrat des Ordens „Steaua României“ für die von Victor Ponta initiierte Aberkennung gestimmt hat, weil Tőkés die Zulassung Ungarns als Schutzmacht der Siebenbürger Magyaren befürwortet hatte. Seine Aussage wurde aus dem Kontext herausgegriffen und löste in den rumänischen Medien große Empörung aus. Auch das ungarische Außenministerium fühlte sich angesprochen und kritisierte das rumänische Vorgehen. An internationalem Widerhall mangelte es ebenso nicht.

Die sich ändernden ungarisch-rumänischen Beziehungen bieten in letzter Zeit weitere analoge Fälle, in die die ungarische Minderheit in Rumänien involviert ist, wobei ihr die Hauptrolle meistens von außen zugeteilt wird. Die für Mai 2012 geplante Beisetzungszeremonie des Szekler Schriftstellers József Nyírő wurde in den Medien als „Urnenstreit“ zwischen Ungarn und Rumänien bekannt. Nyírós literarisches Schaffen wird in Fachkreisen kontrovers beurteilt, seine Budapester Abgeordnetenzeit und die Tatsache, dass er die ungarischen Pfeilkreuzler bis zuletzt unterstützte, sorgten für heftige Debatten. Er starb 1953 in Madrid, und sein letzter Wunsch, in seine Heimat beerdigt zu werden, sollte erfüllt werden. Die Zeremonie wurde von einer siebenbürgischen Stiftung unter der Leitung von Jenő Szász (damals MPP-Vorsitzender) sowie dem Budapester Parlamentsamt vorbereitet. Die Genehmigungen für die Beisetzung lagen zwar vor, die damals neue USL-Regierung ließ sie aber im letzten Moment zurückziehen. Damit begann vor der nicht abgesagten Zeremonie eine Jagd der rumänischen Polizei nach Urnen im Szeklerland. Victor Ponta erklärte, dass antirumänische und antisemitische Persönlichkeiten, die mit dem Faschismus sympathisierten, in Rumänien nicht öffentlich gefeiert werden könnten. Ob die Urne bei der Zeremonie anwesend war oder nicht, ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Der Skandal, der sich um die Geschichte entwickelte, entbehrte auch nicht einer innerungarischen Dimension. Die Budapester Regierung unterstützte nämlich zu dieser Zeit vor den rumänischen Wahlen die MPP gegenüber dem RMDSZ, obwohl letztere

die breitere Unterstützung der Siebenbürger Ungarn genießt. In diesem Lichte ist es zu deuten, dass der ehemalige Vorsitzende der MPP, Jenő Szász, inzwischen der Leiter des neuen Forschungsinstituts für Nationalstrategie in Budapest geworden ist, dessen Notwendigkeit und Ziele von Fachkreisen in Zweifel gezogen werden.

Die komplexe Autonomiefrage

Die Frage der Autonomie für das Szeklerland ist wesentlich komplexer als der symbolische Urnenstreit und kann von der Notwendigkeit einer Dezentralisierung und Regionalisierung in Rumänien nicht getrennt werden. Das Thema bedarf der mehrfachen Kontextualisierung; es muss einerseits innerhalb der rumänischen Innenpolitik betrachtet werden, andererseits aus der Perspektive der ungarischen Bestrebungen, aber auch im europäischen Kontext. In Rumänien wurde das neue Gesetz zur Dezentralisierung mit einer Vertrauensfrage im Parlament verbunden, nachdem eine mögliche Regionalisierung heftige Konflikte ausgelöst hatte (die notwendige Verfassungsänderung wird erst nächstes Jahr aktuell). Das Dezentralisierungspaket verletzt im Gegensatz zu einer Regionalisierung nicht die Interessen der lokalen Barone, die die Bukarester Regierung nicht außer Acht lassen kann. Aus der Perspektive der ungarischen Minderheit ist das Dezentralisierungspaket besser als eine Regionalisierung, die die ungarischen Landkreise in überwiegend rumänische Regionen eingliedern möchte. Der RMDSZ, der nach mehreren gescheiterten Kooperationsversuchen nun doch wieder mit den anderen ungarischen Parteien zusammen arbeitet, plädiert zurzeit für eine Autonomie des Szeklerlandes und erarbeitet konkrete Konzepte zu ihrer Verwirklichung.⁵ Er präsentiert zugleich das Dezentralisierungspaket als eigenen Erfolg.

Die ungarischen Organisationen hatten im März, Juni und zuletzt im Oktober 2013 öffentliche Veranstaltungen bzw. Demonstrationen für die Autonomie veranstaltet. Bei dem Szekler-Marsch am 27. Oktober arbeiteten alle drei ungarischen Parteien zusammen, und auch die Budapester Regierung unterstützte die Demonstration tatkräftig, im Ausland solidarisierten sich ebenfalls mehrere Gruppen. Die rumänischen Medien versuchten den Marsch (eine 54km lange Menschenkette), an dem nach Angaben der Veranstalter über 100 000 Personen teilnahmen, zu ignorieren. Die offiziellen Angaben spielten die Relevanz des Marsches herunter und sprachen von etwa 15 000 Teilnehmern. Der Szekler Nationalrat (bestehend aus 294 Delegierten aus Szekler-Ortschaften), der Hauptveranstalter des Marsches war, hielt schon im November 2010 eine Sitzung im ungarischen Parlament in Budapest ab, an der die Autonomie für das Szeklerland gefordert wurde (ungarische Politiker nahmen an der Sitzung nicht teil). Der symbolische Ausdruck der Zugehörigkeit zur ungarischen Nation und die Budapester Unterstützung waren auch in diesem Falle unmissverständlich. Seitdem finden regelmäßig verbale Schlagabtausche in der Autonomiefrage zwischen Ungarn und Rumänien statt, u. a. äußerte sich auch der ungarische Außenminister, János Martonyi, dazu, indem er sich auf die rumänische Verfassung berief, die eine Autonomie zulässt. Die weiteren Entwicklungen sind schwer abzusehen, da sie, wie gezeigt, sehr stark von innerrumänischen und innerungarischen Debatten abhängen. Nur die betroffenen Szekler vertreten eine konstante Meinung in der Frage. Eine Einladung des RMDSZ in die rumänische Regierung, der er aufgrund der bisherigen Erfahrungen nur schwer widerstehen könnte, würde die Positionen wieder ändern.

Der dritte, der europäische Kontext ist relevant, da unterschiedliche siebenbürgisch-ungarische Initiativen durch Eingaben in Brüssel die Aufmerksamkeit auf die „ungelöste“ Minderheitenfrage zu lenken versuchen, um Druck auf die Bukarester Regierung auszuüben. Nicht zu ignorieren sind ebenso die Ereignisse in der Republik Moldau, die im November die östliche Partnerschaft

mit der EU in Vilnius unterzeichnet hat, und die einige rumänische Politiker (u. a. Băsescu) perspektivisch gerne als Teil Rumäniens sehen würden, was die Frage der Regionalisierung erneut aufwirft.

Der „Flaggenkrieg“

Kaum weniger burlesk als die Nyíró-Affäre war auch die in den internationalen Medien als „Flaggenkrieg“ bekannt gewordene Affäre zwischen Ungarn und Rumänien 2013. Der rumänische Publizist, Cristian Cămpănu, schrieb dazu entsetzt: *„Zwei kleine Länder an der Peripherie Europas, beide von provinziellen und quasiautokratischen Führern regiert, beide mit ernsthaften Problemen, den Rechtsstaat zu respektieren, beide mit ökonomischen Schwierigkeiten, verfallen enthusiastisch in den rudimentärsten nationalistischen Populismus.“*⁶ Die Affäre begann bei der Amtseinführung eines neuen Präfekten in Sepsiszentgyörgy/Sfântu Gheorghe. Vor der Zeremonie ließ man die Szeklerfahne aus dem Saal entfernen. Die Ponta-Regierung begründete das Vorgehen damit, dass das Szeklerland kein administratives Gebiet sei. Der Widerspruch, dass in Rumänien andere historische Wappen und Fahnen existieren, schien die Behörden nicht zu stören. In den Medien machte sich wieder eine ungarnefeindliche Rhetorik breit. Die Angelegenheit kam vors Gericht, inzwischen gibt es mehrere Urteile, die das Problem nicht lösen konnten, also soll ein neues Gesetz verabschiedet werden. Im symbolischen Krieg bezog auch die ungarische Regierung Stellung, indem Zsolt Németh, Staatssekretär im ungarischen Außenministerium, über „symbolische Aggression“ sprach, worauf wiederum Victor Ponta reagierte. Der Schlagabtausch ging soweit, dass dem ungarischen Botschafter im Frühjahr 2013 in Bukarest mit der Ausweisung gedroht wurde. Ein eindeutiges Zeichen der sich verschlechternden ungarisch-rumänischen Beziehungen ist auch die Tatsache, dass der neue ungarische Botschafter in Bukarest lange auf seine Akkreditierung warten musste.

Ein konstruktiver Dialog zwischen Ungarn und Rumänien kann nicht einsetzen, solange sich die symbolische Politik, die sich an nationalen Werten orientiert, von den politischen Eliten beider Länder in Wählerstimmen ummünzen lässt.

Anmerkungen

- 1) Verseck, Keno: Staatskrise in Rumänien: Machtkampf korrupter Cliques. In: Spiegel online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/in-rumaenien-tobt-ein-machtkampf-der-korrupten-elite-a-844538.html>.
- 2) Vgl. Gabanyi, Anneli: Politisches Lehrstück. Die Staatskrise in Rumänien. In: Osteuropa 61, 9 (2012), S. 15–37.
- 3) Vgl. <http://www.freedomhouse.org/country/romania> (Stand am 7. 11. 2013).
- 4) László Tőkés spielte 1989 eine Schlüsselrolle bei den revolutionären Ereignissen, wurde später reformierter Bischof und ist jetzt Abgeordneter im Europäischen Parlament.
- 5) In ungarischen Kreisen gab es in den letzten zwei Jahrzehnten mehrere Autonomiekonzepte, jetzt sollen diese weiterentwickelt werden.
- 6) Verseck, Keno: Diplomatische Krise: Ungarn ziehen gegen Rumänien in den Flaggenkrieg. In: Spiegel online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/diplomatischer-konflikt-zwischen-ungarn-und-rumaenien-a-882335.html>.

Enikő Dácz, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung der Andrassy Universität Budapest, ab Januar 2014 am Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas e.V. an der Ludwig-Maximilians-Universität München.